

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Klimawandel bremsen, Energiewende fördern statt blockieren!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Ergebnisse der UN-Weltklimakonferenz vom Dezember 2015 in Paris haben gezeigt, dass wir auch in Deutschland unsere bisherigen Anstrengungen für den Klimaschutz erheblich verbessern müssen, um den weltweiten Temperaturanstieg in einem vertretbaren Rahmen zu halten.

Durch das Verbrennen der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas werden zwangsläufig erhebliche Mengen des Treibhausgases Kohlendioxid erzeugt und in die Atmosphäre freigesetzt. Um die weltweite Erwärmung unter dem von Deutschland mitgetragenen 1,5-Grad-Ziel der Pariser UN-Klimakonferenz zu halten, darf der dauerhafte Gehalt von Kohlendioxid in der Atmosphäre jedoch nur maximal auf 430 - 480 Parts per Million (ppm) steigen. Zu Beginn der Industrialisierung mit dem Beginn der menschengemachten Verbrennung fossiler Brennstoffe lag der CO₂-Gehalt noch bei 280 ppm. Die für die Klimaerwärmung wichtige symbolische Grenze von 400 ppm CO₂ wurde erstmals im Mai 2013 für einen Tag überschritten. Im Jahr 2015 wurde diese Schwelle dann schon im Februar erreicht, und das Jahr 2016 begann mit 401,85 ppm CO₂ bereits über dieser Schwelle. Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, seinen CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent und bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent zu reduzieren, um den Klimawandel zu bekämpfen. Dies droht jedoch zu scheitern.

Als Konsequenz ist mit immer mehr Klimaveränderungen zu rechnen. Mit der Erwärmung der Atmosphäre kann die Luft erheblich mehr Wasser aufnehmen, was die immer häufiger auftretenden Starkregenereignisse und Überschwemmungen drastisch verstärkt. Vor den wochenlangen Unwettern seit Mai 2016 gab es in Deutschland bereits im Jahr 2013 ein Jahrhunderthochwasser, dessen volkswirtschaftlichen Schaden die Ratingagentur Fitch auf 12 Milliarden EUR zuzüglich der privat versicherten Schäden von 3 Milliarden EUR geschätzt hat. Davor kam es im Sommer 2002 zu starken Unwettern mit großen Überschwemmungen in Deutschland.

Mit der Energiewende und dem Umstieg auf die Erneuerbaren Energien wird der Ausstoß von Treibhausgasen wirksam verringert. Es muss darauf geachtet werden, dass die Energiewende in allen Bundesländern vorangehen kann. Im Saarland sind bislang rund 400 MW Leistung Photovoltaik installiert, doch gerade einmal 280 MW Windenergie, obgleich die Landesregierung noch im Februar 2015 eine installierte Leistung von 400 MW Windenergie bis Ende 2016 als realistisch angesehen hat. Um jedoch bis 2020 den erforderlichen Anteil von 20 Prozent Erneuerbare Energien am regionalen Stromverbrauch zu erreichen, wäre aber eine installierte Windleistung von bis zu 800 MW erforderlich.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung daher auf:

- den Ausbau der Erneuerbaren Energien an den globalen und bundesdeutschen Klimaschutzzielen auszurichten,
- verbindliche Klimaschutzziele ausgehend vom Masterplan Energie aus dem Jahr 2011 für das Saarland zu definieren und in einem Klimaschutzgesetz festzuschreiben, welches auch eine Grundlage für die Erstellung eines Aktionsplanes zur Umsetzung konkreter Maßnahmen bereitstellt,
- den Ausbau der Windkraft zwischen den Ressorts und mit den Kommunen zu moderieren und aktiv voranzutreiben, hierbei die Beratung und Aufklärung der Kommunen und umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger um Chancen aufzuzeigen und Vorurteile auszuräumen, wofür die Einrichtung einer Servicestelle Energiewende nach dem Vorbild Hessens zu prüfen ist,
- keine Veränderungen bei der Landesplanung vorzunehmen, welche zu neuen Beschränkungen beim Windkraftausbau führen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.